

# Auf eine Geburtstagszigarre mit... Ludwig Erhard „Alle Zwangsformen der Wirtschaft sind im Grunde genommen unmoralisch“

Interview von [Bert Losse](#)  
04. Februar 2022

Was würde der Vater des Wirtschaftswunders zu den Problemen von heute sagen?



Am 4. Februar jährt sich zum 125. Mal der Geburtstag von Ludwig Erhard. Was würde der Gründervater der Sozialen Marktwirtschaft wohl zu den wirtschaftspolitischen Problemen und Verwerfungen der heutigen Zeit sagen? Ein (fiktives) Interview – zitiert aus seinen Schriften und zum Teil wenig bekannten Reden.

*Ludwig Erhard (1897-1977) war von 1949 bis 1963 Bundeswirtschaftsminister und von 1963 bis 1966 deutscher Bundeskanzler. Der [CDU](#)-Politiker gilt als Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft und des deutschen Wirtschaftswunders nach dem Krieg.*

**WirtschaftsWoche: Herr Erhard, das Vertrauen der Deutschen in die Marktwirtschaft scheint zu erodieren, der Staat ist in fast allen Bereichen auf dem Vormarsch. Hand aufs Herz: Haben Sie sich geirrt?**

**Ludwig Erhard:** Es ist eine merkwürdige Erscheinung, dass in dem gleichen Maße, in dem der Wohlstand um sich greift und wächst, in dem für alle die soziale Sicherheit zunimmt, die Menschen eigentlich immer unruhiger werden und sich nicht zufrieden geben wollen mit dem, was sie in so überraschend kurzer Zeit wieder errungen haben. Als ich im Jahr 1948 in [Deutschland](#) die entscheidenden Maßnahmen der Wirtschaftsreform vollzog, gehörte auch Selbstvertrauen und der Blick in die Weite dazu, um des rechten Weges gewiss sein zu können.

**Und was ist der rechte Weg?**

Namentlich die soziale Marktwirtschaft, deren tiefer Sinn darin liegt, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung jedes Einzelnen dem Ganzen gegenüber zu verbinden. Alle Zwangsformen der Wirtschaft sind im Grunde genommen, auch wenn sie materiell vielleicht erfolgreich sein können, unmoralisch. Der Staat, der entgegen den marktwirtschaftlichen Gegebenheiten durch willkürliche und

künstliche Preisbindungen die soziale Ordnung und Ruhe gewährleisten zu können glaubt, handelt in Wahrheit unsozial.

**Das sehen in Deutschland nicht wenige Vertreter aus Politik und Medien anders.**

Wohl ist es verständlich, dass dem einfältigen Gemüt mechanische Bewegungsvorgänge leichter verständlich sind als funktionelle Zusammenhänge – und daher kommt es wohl auch, dass Laien nur allzu gern glauben, die Ordnung und Lenkung der Wirtschaft nach einem idealen Plan durch behördlichen Befehl würde zu größerer Vollkommenheit führen als der sicher viel undurchsichtigere Ausgleich der ökonomischen Kräfte durch den Markt.

Die Ampelkoalition will eine sozialökologische Marktwirtschaft begründen. Ganz schön ehrgeizig. Dabei täte die neue Regierung gut daran, sich in Demut zu üben. Zu viel politischer Steuerungswille wird scheitern.

von Thomas Mayer

**Welche Rolle billigen Sie dem Staat im Wirtschaftsprozess denn überhaupt zu?**

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des auf einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung beruhenden Staates, die Erhaltung des freien Wettbewerbs sicherzustellen. Das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Besicherung jeden Wohlstandes ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen, im Besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugutekommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen. Auf dem Wege über den Wettbewerb wird im besten Sinne des Wortes eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt und dazu noch das persönliche Leistungsstreben wach gehalten. Die Gefahr einer Beeinträchtigung des Wettbewerbs droht sozusagen ständig und von den verschiedensten Seiten her.

**Wettbewerbskontrolle ist das eine. Wie stark darf sich der Staat ansonsten in die Wirtschaft einmischen?**

Es ist nicht Aufgabe des Staates, unmittelbar in die Wirtschaft einzugreifen, jedenfalls nicht so lange, als die Wirtschaft selbst diesen Eingriff nicht herausfordert. Auch passt es nicht in das Bild einer auf unternehmerischer Freizügigkeit beruhenden Wirtschaft, wenn sich der Staat selbst als Unternehmer betätigt. Das demokratische Grundrecht der Konsumfreiheit muss seine logische Ergänzung in der Freiheit des Unternehmers zu finden, das zu produzieren oder zu vertreiben, was er aus den Gegebenheiten des Marktes, das heißt aus den Äußerungen der Bedürfnisse aller Individuen als notwendig und erfolgversprechend erachtet. Konsumfreiheit und die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung müssen im Bewusstsein jedes Staatsbürgers als unantastbare Grundrechte empfunden werden. Gegen sie zu verstoßen, sollte als ein Attentat auf unsere Gesellschaftsordnung geahndet werden. Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen wie Diktatur und Staatswirtschaft.

**Aber kann es totale Freiheit ohne Ethik und Verantwortung geben?**

Die Freiheit darf nicht zu einem Götzendienst werden, ohne Verantwortung, ohne Bindung, ohne Wurzeln. Denn ohne Zweifel droht die Freiheit für sich ohne Ordnung im Chaotischen zu enden.

**Viele Unternehmer in Deutschland fühlen sich überreguliert und von der Politik gegängelt. Nehmen Sie die Kritik ernst – oder folgt diese eher dem Sprichwort: „Die Klage ist des Kaufmanns Lied“?**

In einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ist der selbstständige freie Unternehmer einer der tragenden Pfeiler. Der Unternehmer hat die Verantwortung für seinen Betrieb, dort kann er mit Fug und Recht fordern, dass sein Handeln von staatlicher Weisung oder Gängelung frei bleibt, dass ihr also echte unternehmerische Freiheit und Freizügigkeit genießt und üben darf. Ich bin der erste, der den Unternehmer in dieser Forderung unterstützt. Die Verantwortung für die [Wirtschaftspolitik](#) aber hat allein der Staat zu tragen. Wir wissen, wohin es führt, wenn man diese beiden Funktionen miteinander vermengt.

**Das heißt: Sie mögen keine Lobbyisten.**

Die Organisationswut ist ein Zeichen unserer Zeit. Das Funktionärsunwesen gibt dem gesellschaftlichen Leben sein Gepräge. Man kann nicht auf der einen Seite dem Staat sagen, dass er sich wirtschaftlicher Tätigkeit enthalten möchte, dann aber, wenn es gerade passt, die Hilfe des Staates anrufen. Das Interesse der Unternehmer an der Wirtschaftspolitik ist zwar gewiss legitim und folglich auch ihr Anliegen auf Anhörung. Aber sie haben nicht selbst und auch nicht in ihren Organen Wirtschaftspolitik zu treiben. Wir werden die großen Zukunftsaufgaben der deutschen Politik nur meistern können, wenn die gesellschaftliche Kraft der Verbände nicht ausschließlich den eigenen Interessen nutzbar gemacht wird.

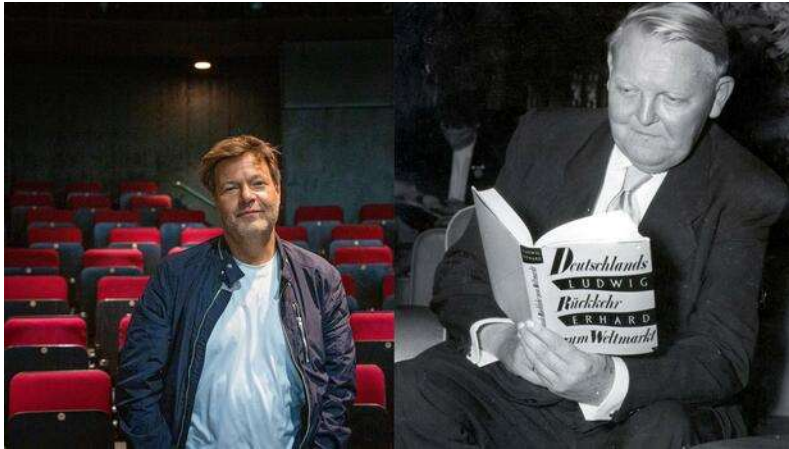
**Manche Kritiker sagen, Ihre wirtschaftlichen Vorstellungen seien neoliberal...**

...ich zähle mich zu den Ordoliberalen...

# Wie viel Ludwig Erhard steckt in Robert Habeck?

von [Cordula Tutt](#) und [Max Haerder](#)

06. Dezember 2021



Robert Habeck will als Wirtschaftsminister Ökologie und Ökonomie versöhnen. Doch viel Ludwig Erhard steckt nicht in ihm.

Bild: imago images

Die Minister der Ampel-Koalition sind vereidigt. Nun will Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck die Industrie umbauen und den Wohlstand mit Sonne, Wind und Wasser befeuern. Wirtschaft plus Klimaschutz plus Transformation – ist das zu viel?

An die Arbeit also, Sisyphos! Du wirst den Fels nie den steilen Hang hochwuchten können, nie fertig sein – aber was soll's: Glaubt man dem Philosophen Robert Habeck, ist der Politiker Robert Habeck damit vollends einverstanden. Habeck mag die mythische Figur. Und hält es mit Albert Camus, der sich Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellte, weil er seine unendliche Aufgabe akzeptiert und damit zum „Herrn seiner Tage“ aufschwingt, zum Souverän seines selbstbestimmten Lebens: Auf die Mühe kommt es an. Und darauf, jeden Tag ein bisschen besser zu werden in einer Demokratie, in der nichts endgültig und perfekt gelingt – demnächst als Vizekanzler, Superminister, Transformationschef vom Dienst.

Viele Deutsche werden sich an dieses Politikverständnis gewöhnen müssen. Zumal im Hause Ludwig Erhards. Aber bei Lichte betrachtet, verkörpert Sisyphos den traditionellen Fortschrittsgeist perfekt: nie ausruhen, immer was unternehmen, stets von Neuem anfangen – auf diesem Fundament baut Deutschlands „Wohlstand für alle“ auf. Und Habecks Selbstbild als Berufsmensch ebenfalls: „Man muss sich den Politiker als glücklichen Menschen vorstellen“, schreibt er in seiner Autobiografie: Politik sei nie fertig – und wenn mal wieder etwas nicht gelinge oder unvollendet sei, dürfe man nicht innehalten, müsse man erneut beginnen. Wieder. Und wieder.

An die Arbeit also, Robert Habeck, der in der Ampelkoalition als Minister für Wirtschaft, Klimaschutz und Transformation für die Neuerfindung der Industrie, der Grundlagen unseres Wohlstands, verantwortlich zeichnen will. Eine enorme Aufgabe, bei der die Chance, zu scheitern, und der Überforderung anheim zu fallen überwiegt. Peter Altmaier weiß, wovon die Rede ist.

Habeck erhält mehr Macht und neue Ressourcen. Das eigens zugeschnittene Ressort vereint das frühere Wirtschafts- und Teile des Umweltministeriums. Habeck wirkt dabei auch als Koordinator der weiteren grün geführten Ministerien, soll ressortübergreifend den Übergang ins postfossile Zeitalter organisieren. Bitter für ihn: Das dafür mindestens so wichtige Verkehrsministerium ging an die [FDP](#), an Volker Wissing, der seine Sympathien für die Altdieselsindustrie bereits durchblicken ließ.

Was soll's. Sisyphe eben.

## Bitte um Entschuldigung

Habeck, 52, geboren in Lübeck, vormals Umwelt- und Digitalminister in Schleswig-Holstein, ist kein Revoluzzer. Er hält es lieber und schon länger mit seiner Interpretation von Ludwig Erhard. Vor rund zweieinhalb Jahren sagte Habeck mal im Interview, Erhard habe [Deutschland](#) gutgetan: „Weil ich glaube, dass die soziale Marktwirtschaft, wohlverstanden, das effektivste und freieste System ist, sich zu entwickeln.“

Wohlverstanden?

„Soziale Marktwirtschaft heißt im Klartext auch, dass es Spielregeln gibt, die diesen Markt fair und offen halten“, sagt Habeck.

Im Klartext?

Manchmal scheint Habeck sich noch immer bei der eigenen Basis entschuldigen zu wollen, wenn er die Marktwirtschaft lobt. Als er sich im Januar 2018 anschickt, in Hannover Vorsitzender seiner Partei zu werden, spricht er von „Umverteilung“ und verlangt eine „härtere Besteuerung von Kapital und Vermögen“. Der Applaus ist ihm sicher. Aber Habeck stellt auch klar, warum er die Wohlhabenden stärker zur Kasse bittet: „Nicht, weil wir nicht gönnen können, sondern weil wir nicht wollen, dass sich Menschen an den Rändern verabschieden“.

Thomas Gambke, der Chef des Grünen Wirtschaftsdialogs, findet es prima, dass Habeck gerade auch vor Wirtschaftsleuten immer betone, wie wichtig die „soziale Frage“ sei, damit die klimagerechte Modernisierung des Landes gelinge. Der parteinahe Verein, eine Art „Wirtschaftsrat“ der Grünen, bringt Unternehmer und Politikerinnen zusammen, die an klimaneutralen Konzepten und gemeinwohlorientierten Geschäftsmodellen interessiert sind. Habeck arbeitete hier immer wieder mit.

Man sollte ihn jedenfalls nicht unterschätzen. Ja, er hat auch schon mal die Details der Pendlerpauschale nicht parat, fabuliert von Enteignungen oder stattlich festgelegten Gemüsepreisen. Aber wer Habeck als Bewohner des Wolkenkuckucksheims bezeichnet, sitzt einem Klischee auf.

Er habe schon in seiner Zeit als Landesminister verstanden, dass es nicht nur um klar umrissene Lösungen und einen Interessenausgleich gehe, sagt der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Unternehmer Gambke. „Er hat alles auch gleich in Budgettiteln verankert, damit es tatsächlich auf den Weg gebracht wird.“

Bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages von [SPD](#), Grünen und FDP hob Habeck fast beschwörend die gemeinsamen Ziele beim Klimaschutz hervor. „Wir sind auf dem 1,5-Grad-

Pfad mit diesem Koalitionsvertrag“, sagte er. Die Ampel wolle „die Vereinbarkeit von Wohlstand und Klimaschutz“ zeigen. Statt immer neue Klimaziele zu setzen, habe man entschieden, konkrete Maßnahmen zu vereinbaren. „Wir werden eine Regierung sein, die auch anderen Menschen etwas zumutet, also müssen wir auch uns etwas zumuten.“

Da ist er sich im Grundsatz einig mit dem designierten Bundeskanzler Olaf Scholz. Auch der nennt immer wieder Klimaschutz als wichtigstes Vorhaben der Regierung. Doch wie weit die rhetorische Einigkeit trägt, wird erst der Regierungsalltag testen.

Dass der Machtmensch Habeck, weiß, was er da vorhat, machte er mit der Benennung seiner Staatssekretärsriege deutlich. Die frühere Hamburger Umweltsenatorin und langjährige grüne Haushaltspolitikerin im Bundestag, Anja Hajduk, soll für ihn die Arbeit des Vizekanzlers mit den anderen Ressorts koordinieren. Der bisherige Leiter der Denkfabrik Agora Energiewende, Patrick Graichen, ursprünglich Beamter aus dem Umweltministerium, soll als Staatssekretär ebenso wie der Europaabgeordnete Sven Giegold die Klimawende organisieren.

Graichen gilt als hervorragend vernetzt in Politik und Wirtschaft, als effizienter wie kundiger Organisator. Giegold ist als asketischer Workaholic bekannt, der dem linken Flügel der Grünen wie der Klimabewegung nahesteht und der die Aufgabe haben dürfte, diese Gruppen aufs Machbare einzuschwören. Mit Udo Philipp kommt ein ehemaliger Private-Equity-Manager dazu, ein Hinweis darauf, dass die Regierung vor allem auch privates Kapital auf dem Weg zur klimaneutralen Gesellschaft einsetzen will.

Allesamt Profis, zweifellos. Doch das Quartett trifft auf ein Haus, dem es kulturell eher fernsteht. Und das selbst ein Identitätsproblem hin und her wendet.

Das hat, natürlich, etwas mit der Tradition Ludwig Erhards zu tun, die dem Ressort seine besondere Aura, seine Größe und den Stolz verleiht. Ordnungspolitik, Freiburger Schule, soziale Marktwirtschaft, Wohlstand für alle. Das wirkt nach, strahlt aus – bis heute. Da ist aber auch das Vermächtnis Karl Schillers und seiner Idee der wirtschaftspolitischen Globalsteuerung, die von dort aus ihren Anfang nahm: volkswirtschaftliche Führung quasi aus dem Cockpit der Regierung.

Kein Zufall, dass die zwei Vorgänger Habecks, die in der jüngeren Geschichte mit dem meisten Ehrgeiz über die Flure wandelten, besonders eifrige Teil-Traditionspfleger im Dienst der eigenen Profilierung waren. Sigmar Gabriel, selbst Vizekanzler und zugleich Minister, stellte einst demonstrativ eine Büste Schillers neben Erhard ins Foyer, ganz so als müsse der Sozialdemokrat mit dem sozialdemokratischen Vorbild aus den Siebzigern den [CDU](#)-Übervater nicht nur politisch, sondern auch dekorativ ausbalancieren. Peter Altmaier, der scheidende Hausherr von der [CDU](#), wiederum ließ vor ein paar Jahren gleich die ganze Ahnengalerie im Erdgeschoss der Berliner Invalidenstraße umhängen. Das Porträt Erhards als Primus inter Pares platzierte er, welche Wunder, in der Mitte ganz oben.

**Quelle: Wirtschaftswoche**